

Debatte: Afghanistanmandat verlängern?

von Ute Finckh

Wo stehen wir neun Jahre nach den ersten beiden Afghanistan-Mandaten der Bundeswehr? Niemand zweifelt mehr daran, dass die internationale Gemeinschaft unter Führung der USA bzw. der NATO gravierende Fehler gemacht hat. Insbesondere hat der Versuch, Drogenanbau und potenzielle oder tatsächliche Terroristen mit militärischen statt mit zivilen Mitteln zu bekämpfen, gravierende Folgen gehabt. Wirtschaftspolitische Vorgaben, die durch eine radikale Marktöffnung die bürgerkriegsgeschädigte Wirtschaft hilflos dem globalisierten Weltmarkt aussetzen, haben die Konflikte im Land zusätzlich eskaliert.

In Deutschland herrscht inzwischen Einigkeit darüber, dass der Konflikt in Afghanistan nicht durch einen militärischen Sieg beendet werden kann. Daraus ergibt sich, dass mit den Aufständischen verhandelt werden muss. Das von den USA praktizierte gezielte Töten von vermeintlichen oder tatsächlichen Führungspersonen der Aufständischen mitsamt denjenigen, die sich zufällig in ihrer Nähe befinden, widerspricht nicht nur völkerrechtlichen Grundsätzen, sondern verbaut den Weg zu Verhandlungen immer weiter.

Während in den ersten Jahren des deutschen Engagements in Afghanistan fast alle politisch Verantwortlichen der Ansicht waren, dass das Militär in Afghanistan die wichtigste Rolle spielt, wird inzwischen bis weit in die CDU und die Bundeswehr hinein betont, dass der weit überwiegende Teil der Aufgaben, die mit dem Eingreifen in einen Bürgerkrieg verbunden sind, von zivilen staatlichen Stellen oder Nichtregierungsorganisationen geleistet werden müssten. Daher werden erstma-



↳ Dr. Ute Finckh ist Mathematikerin und Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung.

Foto: privat

lig all diejenigen, die in Deutschland über Afghanistan-Expertise verfügen, in die Debatte einbezogen. Das Problem, dass sich die Ziele und Strategien von Deutschland und den USA teilweise diametral unterscheiden (von den vielen anderen direkt oder indirekt beteiligten Staaten ganz abgesehen), wird dadurch allerdings nicht gelöst. Nach wie vor existiert auch keine zivile Strategie, die diesen Namen verdient, also erreichbare Ziele definiert, Mittel und Wege zu ihrer Umsetzung aufzeigt und festlegt, was bei Zielkonflikten geschehen soll.

Was bedeutet das für die Mandatsverlängerung, über die am 28.1. im Bundestag entschieden werden soll? Als Oppositionspartei hat die SPD das Recht und die Pflicht, den vom Kabinett vorgelegten Antrag daraufhin zu überprüfen, ob er der Situation vor Ort gerecht wird, so wie sie das in Bezug auf die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Operation Active Endeavour (OAE) im November gemacht hat. Wenn der Antrag der Regierung

- Direkt oder indirekt die von den USA verfolgte völkerrechtswidrige Strategie des gezielten Tötens von Aufständischen durch Drohnen unterstützt
- Kein Konzept zu erkennen ist, mit dem zumindest im Verantwortungsbereich der Bundeswehr der Weg für Verhandlungen über lokale Waffenstillstände frei gemacht wird, können und sollen die SPD-Abgeordneten dem Antrag der Bundesregierung ihre Zustimmung verweigern. ■